

Fast 1400 Unterschriften gegen Ingersheimer Windrad

INGERSHEIM

Es könnte sein, dass noch dieses Jahr eine Entscheidung aus dem Landratsamt zur geplanten Windkraftanlage kommt. Doch es wird immer unwahrscheinlicher. „Wir prüfen sehr genau“, sagte Landrat Dr. Rainer Haas einer Gruppe der Bürgerinitiative „Gegenwind Husarenhof“, die ihm knapp 1400 Unterschriften übergab.

Von Thomas Faulhaber



Gegner der Windkraftanlage überreichen Landrat Dr. Rainer Haas die Unterschriften.

Bild: Holm Wolschendorf

Am Montag seien fehlende Unterlagen der Antragsteller nachgereicht worden, die von Amts wegen angefordert wurden. Die müssten nun geprüft werden. Das könnte so kurz vor Weihnachten knapp werden, so der Landrat.

Die Bürgerinitiative (BI) gibt sich kämpferisch. Ein Anwalt, der sich auf Standorte von Windkraftanlagen spezialisiert hat, sei eingeschaltet, so der Vorsitzende Peter Hitzker. „Notfalls streiten wir die Instanzen durch“, kündigte er an. Geplant sei auch eine Petition im Landtag.

Um die Entschlossenheit zu unterstreichen, überreichte Hitzker dem Landrat 1363 Unterschriften, die im vergangenen halben Jahr gegen die Anlage gesammelt wurden. Zudem seien fast 29 000 Besucher auf der Homepage der BI gewesen und hätten dort knapp 80 000 Seiten aufgerufen.

„Ich bin auf Klagen eingestellt“, sagte Haas. Deshalb ziehe sich das offen geführte Genehmigungsverfahren so lange hin. Alles werde mit größtmöglicher Sorgfalt untersucht. „Wir betreten Neuland, deshalb schießen wir nicht aus der Hüfte.“ Er wolle sich später vor Gericht nicht rügen oder gar verklagen lassen, weil schlampig gearbeitet worden sei.

Auf Nachfrage unserer Zeitung antwortete Haas, dass ein Widerspruch gegen die Entscheidung aufschiebende Wirkung habe. Theoretisch könne die Gegenseite aber „Sofortvollzug“ beantragen, gegen die aber wiederum rechtliche Schritte eingeleitet werden könnten. Ganz praktisch bedeutet das: „Beharken“ sich die Kontrahenten – wovon auszugehen ist – kann noch sehr viel Zeit vergehen.

Haas betonte vor den gut 20 Gegnern, dass es nicht darauf ankomme, ob einem die Anlage gefalle, ob sie später wirtschaftlich arbeite, wie sich die Windwerte darstellten. „Es geht nur darum, ob öffentliche Belange beeinträchtigt werden“, so der Landrat.

Davon ist die BI überzeugt und führte ihre Argumente erneut ins Feld. „Wir sind nicht generell gegen die Windkraft“, betonte BI-Sprecher Walter Müller. Aber nicht an diesem Standort in einem hoch verdichteten Gebiet. Es sei kein ökonomisches, sondern ein ideologisches Vorhaben, so der Vorwurf. Den teilt der Landrat nicht. Und doch: „Egal, wie die Entscheidung ausfällt, das Landratsamt wird den Schwarzen Peter haben.“ Er sei auf heftige Kritik gefasst.